

AfD. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag Drucksache 18/7120**. Antragstellerin ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag Drucksache 18/7121** ab. Antragstellerin ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen somit über den Einzelplan 04 ab, und zwar über den Einzelplan selbst nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan so zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen von SPD und AfD. Damit ist der **Einzelplan 04 in zweiter Lesung angenommen**.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich rufe nun auf:

Einzelplan 08
Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung

a) Kommunales und Heimat

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2024 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 – GFG 2024)

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion der Kollegin Stock das Wort.

Ellen Stock (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Städte, Gemeinden, Kreise – was würden wir ohne unsere Kommunen tun? Die Antwort lautet: ehrlicherweise sehr wenig. Ob Personalausweis, Baugenehmigung, Elterngeld, Kita, Schule, Tierschutz, Straßen, Kultur, Rettungsdienst, Feuerwehr, Gesundheit, Wirtschaftsförderung, Tourismus oder

Sport, nicht selten auch Wasser, Abwasser, Müllabfuhr: Die Kommunen kümmern sich um die wichtigsten Lebensbereiche, die fast jeden Menschen auf die eine oder andere Weise betreffen.

Wenn es unseren Kommunen in Nordrhein-Westfalen schlecht geht, geht es den Menschen in Nordrhein-Westfalen auch schlecht. Das müssen wir hier einmal festhalten. Deshalb müssen wir uns fragen: Wie geht es denn unseren Kommunen in Nordrhein-Westfalen?

Wenn man den Städten und Gemeinden richtig zuhört, lernt man schnell: Es geht ihnen sehr schlecht – so schlecht, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister einen unüberhörbaren und einmaligen Hilferuf an den Ministerpräsidenten gerichtet haben.

Dieser Brandbrief spricht Herausforderungen und Probleme an, denen sich unsere Kommunen von Bund und Land ausgesetzt sehen – ich möchte betonen: von Bund und Land. Bitte sehen Sie daher heute von den ewigen Rufen nach dem Bund oder nach Berlin ab. Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den regierungstragenden Fraktionen, wir kennen diese Rufe zu Genüge. Das ist alles zugestanden. Sie können aufhören, diese Nebelkerzen zu werfen.

Ich möchte Sie an eine wichtige Tatsache erinnern: Wir sind der Landtag von Nordrhein-Westfalen, und Sie stellen die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Wir haben hier im Land nicht nur eigene Kompetenzen, Zuständigkeiten und Verantwortung, wir haben auch einen eigenen Gestaltungsanspruch. Zumindest wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben diesen Anspruch an unser Land.

(Beifall von der SPD)

Um dem gerecht zu werden ...

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Kollegin, entschuldigen Sie, dass ich Sie kurz unterbreche. Es ist nicht nur mein Empfinden, sondern hier oben insgesamt die Wahrnehmung, dass es unruhig ist. Das betrifft so ziemlich alle Fraktionen inklusive Regierungsbank. Ich bitte Sie doch, der Rednerin Gehör zu schenken, damit wir dann alle ...

(Zurufe – Heiterkeit)

Ellen Stock (SPD): Dann lernen Sie noch was dazu.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Dass ich jetzt noch für Unruhe Sorge mit meinem Wortbeitrag ...

(Christian Dahm [SPD]: Es ist doch keiner da!)

– Aber es sind so viele auf der Regierungsbank, dass man sich unterhalten kann. Ich bitte, die Gespräche einzustellen und ausschließlich der Debatte Gehör zu schenken. – Bitte schön.

Ellen Stock (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. Ich bin multitaskingfähig: Ich kann zuhören, was auf der Regierungsbank erzählt wird, und meine eigene Rede halten. Vielen Dank für den Hinweis.

(Beifall von der SPD)

Um dem gerecht zu werden, müssen Sie endlich handeln. Sie lassen die Kommunen am langen Arm verhungern. Sie kennen die unzähligen Schreiben aus den Kommunen. Sie kennen die unzähligen Resolutionen. Sie werden wahrscheinlich genauso zahlreich von Bürgermeistern und Oberbürgermeistern angesprochen wie wir.

Wie hilft Ihr Fingerzeig nach Berlin den Städten und Gemeinden? Wie hilft Ihr Fingerzeig den Menschen und unseren Städten und Gemeinden? Ich sage es Ihnen: Er hilft gar nichts. Das ist, mit Verlaub, Arbeitsverweigerung, was Sie hier praktizieren.

(Beifall von der SPD)

Es ist Arbeitsverweigerung auf den Rücken der Kommunen und Arbeitsverweigerung auf Kosten der Menschen hier in diesem Land. Bitte sparen Sie sich auch die wohlfeilen Sätze dazu, wie wichtig unsere Kommunen sind. Das ist alles nichts wert, wenn Sie nicht bereit sind, wirklich etwas zu tun.

Wenn in Niederkassel die psychologische Grenze von 1.000 Punkten bei der Grundsteuer B überschritten wird, ist das ein Alarmsignal. Niederkassel hat einen Hebesatz von 1.100 Punkten beschlossen. Wir haben Sie sehr wohl erlebt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wie sehr Sie sich hier aufgeregt haben, als Bergneustadt knapp unter 1.000 Punkte erreicht hat.

(Christian Dahm [SPD]: Das stimmt!)

In Alfter ist sogar ein noch höherer Satz im Gespräch. Die psychologische Grenze ist gerissen – unter Ihrer Verantwortung. Unter Ihrer Verantwortung hat fast ein Drittel aller Kommunen die Hebesätze im vergangenen Jahr erhöht. Viele müssen unter Ihrer Verantwortung noch mit viel höheren Sätzen planen. Das sind Ihre Steuererhöhungen. Darüber helfen auch keine Selbstzuschreibungen hinweg. Sie tragen die Verantwortung.

Sie können das auch ändern. Wir haben dazu mehrere Vorschläge eingebracht, aber Sie wollen das gar nicht. Da müssen Sie sich auch den Vorwurf gefallen lassen: Sie sind kommunalfeindlich. Sie kommen den Menschen in Nordrhein-Westfalen teuer zu stehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Kollegin Stock. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Frieling.

Heinrich Frieling (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vier Worte sind eigentlich der Titel unseres Wahlprogramms, heute sind sie aber aktueller denn je: machen, worauf es ankommt.

(Beifall von der CDU)

Das steht dafür, Prioritäten zu setzen, Verantwortung zu übernehmen und für Stabilität zu sorgen. Das tun unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker jeden Tag. Dafür stehen wir als Zukunftscoalition, und dafür steht auch unser Haushalt für 2024.

Der Einzelplan des Ministeriums für Heimat und Kommunales und das Gemeindefinanzierungsgesetz schaffen Stabilität und Verlässlichkeit für unsere Kreise, Landschaftsverbände, Städte und Gemeinden. Gerade in herausfordernden Zeiten stehen wir zur Verantwortungsgemeinschaft von Land und Kommunen. Wir unterstützen die, die Verantwortung in unserer Gesellschaft übernehmen.

Der CDU-Fraktion liegt das Heimatförderprogramm besonders am Herzen, für das wir auch 2024 wieder über 30 Millionen Euro bereitstellen werden. Damit fördern wir, was Menschen verbindet, und das ist heute mehr denn je gefragt.

(Beifall von der CDU)

Wir halten Wort bei der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Die gesetzliche Abschaffung sichern wir mit 65 Millionen Euro finanziell ab. Natürlich fördern wir auch weiterhin die interkommunale Zusammenarbeit mit 6 Millionen Euro.

Klare Priorität hat für uns die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen auch in Krisenzeiten. Dafür stellen wir der kommunalen Familie im Gemeindefinanzierungsgesetz im kommenden Jahr mehr als 15,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist noch mal eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr.

Anders als die Bundesregierung – und das kann ich Ihnen nicht ersparen, Frau Stock; Sie wussten schon, warum das kommt: nämlich, weil es begründet ist –, die ihre politischen Ziele immer wieder auf Kosten des Steueraufkommens von Ländern und Kommunen finanziert, schmälern wir die Zuweisungen an die Kommunen nicht. Weil eine Beteiligung des Bundes nicht zu erreichen war, haben wir den Einstieg in die Altschuldenlösung um ein Jahr verschoben. Damit stehen die Zuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz den Kommunen im kommenden Jahr in voller Höhe zur Verfügung.

Aber, Frau Stock – Sie haben das gerade angesprochen –, nicht alles kann dieses GFG leisten. Es kann vor allem nicht die Löcher stopfen, die Berlin immer wieder in den kommunalen Haushalten reißt.

(Christian Dahm [SPD]: Och!)

In der Kommunalpolitik sind die Sorgen groß, dass die Bundesregierung weiter die Axt an die kommunalen Steuereinnahmen legt, wie sie es zuletzt auch mit dem gestoppten Wachstumschancengesetz versucht hat. Und das gilt jetzt umso mehr, da ja mittlerweile sogar gerichtlich festgestellt worden ist, dass der Doppel-Wumms von Olaf Scholz nur eine Platzpatrone ist.

(Beifall von der CDU – Christian Dahm [SPD]:
Vorsicht! Vorsicht an der Bahnsteigkante! Vorsicht!)

Besonders bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen lässt der Bund die Länder, Städte und Gemeinden im Stich.

Wir verschließen die Augen nicht vor der Überlastung der Kommunen. In Nordrhein-Westfalen stehen Land und Kommunen zu ihrer Verantwortungsgemeinschaft. Um die Kommunen zu unterstützen, mobilisieren wir alle Kräfte. Noch in diesem Jahr stellen wir den Kommunen zusätzliche 808 Millionen Euro für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zur Verfügung. Insgesamt geben wir als Land mittlerweile für jeden Euro, den der Bund gibt, drei Euro an die Kommunen. Außerdem haben wir zugesagt, bis Anfang 2024 weitere 3.000 Plätze in Landesunterkünften zu schaffen.

(Beifall von der CDU)

Das alles wird aber das Problem nicht lösen. Der Bund muss – auch wenn Sie es nicht hören wollen, Frau Stock – Verantwortung übernehmen und den Zuzug wirksam auf die Menschen begrenzen, die auch wirklich ein Recht auf Asyl haben und einen Schutzstatus erwarten können.

(Angela Freimuth [FDP]: Ich dachte, wir schaffen das!)

Für uns in NRW gilt: Wir übernehmen Verantwortung, setzen Prioritäten und stehen fest an der Seite unserer Bürgerinnen und Bürger und unserer Kommunen. Wir machen, worauf es ankommt.

Wir stimmen dem Einzelplan zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP hat nun der Abgeordnetenkollege Herr Wedel das Wort.

Dirk Wedel (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Anhörung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 hat gezeigt, dass die preisbereinigt seit 2020 stagnierende Verbundmasse angesichts der besonderen Herausforderungen für die Kommunen, beispielsweise durch die Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen, den

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, die Verpflichtung zur Erstellung kommunaler Wärmeplanungen sowie steigende Zinslasten, nicht ausreicht. Alle kommunalen Vertreter haben die in dem Verbundsatz von 23 % beim bundesweit höchsten Kommunalisierungsgrad zum Ausdruck kommende unzureichende Finanzausstattung der Kommunen kritisiert.

Die Landesregierung trägt dem nicht nur keine Rechnung, sondern greift nach jedem Strohalm, um ihren strukturell defizitären Haushalt 2024 formal auszugleichen. Um es mit dem Sachverständigen Dr. Busch zu sagen – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„Dass die Landesregierung eine ‚robuste Verfassung‘ auf kommunaler Ebene erkennt, dient wohl vor allem der Begründung, jetzt die Rückführung der Corona-Kreditierung mit 30 Mio. Euro Vorwegabzug zu beginnen, ist aber keine zielführende Lagebeschreibung.“

Herrn Sachverständigen Murrack gebührt das Verdienst, nochmals an die Versprechungen von Frau Ministerin Scharrenbach im Rahmen der Beratungen des GFG 2022 erinnert zu haben, mit der Rückzahlung der Kreditierung erst zu beginnen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung es wieder zulässt.

Aber das ist ja wohl Schnee von gestern, Frau Ministerin, wenn Ihnen dazu nach einem Minuswachstum in diesem Jahr eine Wachstumsprognose des RWI von 0,8 % für 2024 ausreicht, die obendrein noch von den Industrie- und Handelskammern Nordrhein-Westfalen bezweifelt wird.

(Beifall von der FDP)

Für den Verzicht auf die Umsetzung der zweiten Stufe in der Differenzierung der fiktiven Hebesätze fehlt es weiterhin an einer schlüssigen Begründung. Der Städte- und Gemeindebund spricht zutreffend von Scheinbegründungen.

Zudem hat es Sie, Frau Ministerin Scharrenbach, auch nicht davor bewahrt, dass acht kreisfreie Städte vor etwa einer Woche nunmehr auch das Gemeindefinanzierungsgesetz 2023 vor dem Verfassungsgerichtshof angreifen.

Übrigens: Die Forstpauschale gehört immer noch nicht ins GFG. Und Karthago muss zerstört werden.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Was den Einzelplan 08 in den Bereichen „Heimat“ und „Kommunales“ angeht, wurde die Mehrzahl der Titel einfach überrollt, und zwar völlig unabhängig von der Ausgabenentwicklung und den Bedarfen. Aus zeitlichen Gründen beschränke ich mich heute auf ein Beispiel.

Von den sächlichen Verwaltungsausgaben für interkommunale Zusammenarbeit wurden bei einem

Ansatz von 1,4 Millionen Euro bis zum 30. September gerade einmal 70 Euro ausgegeben. Trotzdem sollen natürlich auch 2024 wieder 1,4 Millionen Euro veranschlagt werden. Die Erklärung des Beauftragten des Haushalts im Ausschuss war dann auch entlarvend: Man müsse ja auch noch die globale Minderausgabe erwirtschaften.

Mit Wirtschaftlichkeit – Stichwort „Bodensatztheorie“ – hat das alles nur sehr wenig zu tun, mit Haushaltswahrheit und -klarheit auch nicht.

(Beifall von der FDP)

Eine gute Nachricht ist hingegen, dass in der Titelgruppe zur Förderung von beitragspflichtigen Straßenausbaumaßnahmen mit in den vergangenen Jahren angesammelten 156 Millionen Euro ausreichend Selbstbewirtschaftungsmittel zur Verfügung stehen, um nach bayerischem Vorbild einen Härtefallfonds für Straßenausbaumaßnahmen einzurichten, die vor 2018 beschlossen wurden oder in Ermangelung eines gesonderten Beschlusses spätestens im Haushalt 2017 standen.

(Beifall von der FDP)

Da die Landesregierung uns mit Vorlage 18/1644 vom 20. September 2023 mitgeteilt hat, dass davon ausgegangen werden kann, dass das Volumen der zukünftig entfallenden Straßenausbaubeiträge bei bis zu 50 Millionen Euro im Jahr liegen wird, im Haushalt 2024 aber 65 Millionen Euro dafür bereitgestellt werden, werden diese Selbstbewirtschaftungsmittel auch nicht anderweitig benötigt.

(Beifall von der FDP)

Auch an anderer Stelle werden Selbstbewirtschaftungsmittel gehortet, ohne dass ersichtlich wäre, dass diese demnächst ihrer Zweckbestimmung gemäß verausgabt werden würden, so zum Beispiel 320.000 Euro beim aktuell wohl nicht mehr bewirtschafteten Titel für sächliche Verwaltungsausgaben der Ruhr-Konferenz oder 3,3 Millionen Euro in der Titelgruppe „Heimat“.

Wie bereits im letzten Jahr ist festzustellen, dass weder das Gemeindefinanzierungsgesetz noch die Ansätze für Kommunales im Einzelplan 08 geeignet sind, die ernste Lage der Kommunen zu verbessern, und wir dementsprechend beides ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Abgeordnetenkollege Dr. Korte das Wort.

Dr. Robin Korte (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltsberatungen im Bereich „Kommunales“

unterscheiden sich ein Stück weit von den Beratungen der anderen Fachbereiche. Bei uns wird nur vergleichsweise wenig Geld über den Einzelplan des Ministeriums verteilt. Die viel größeren Summen laufen über das Gemeindefinanzierungsgesetz.

Insofern geben die wenigen Kapitel und Haushaltstitel aus dem Einzelplan 08, die wir an dieser Stelle besprechen, auch nur wenig Anlass für intensive Haushaltsdebatten. Dennoch lässt sich sagen: Im Bereich „Kommunales“ des Einzelplans 08 ist etwas Wichtiges gelungen, was in den wenigsten Einzelplänen gelungen ist: Die Haushaltsmittel bleiben trotz der immens schwierigen Haushaltslage erhalten und stabil. – Das ist in schwierigen Zeiten ein wichtiges Zeichen in Richtung der Kommunen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Zwei inhaltliche Punkte aus unseren Haushaltskapiteln möchte ich hier kurz exemplarisch benennen; denn sie zeigen, dass diese Landesregierung auch in schwierigen Zeiten Kurs hält und dass sie zu ihren Worten steht.

So stellen wir – erstens – mit diesem Haushalt die notwendigen Mittel für die endgültige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge dauerhaft zur Verfügung. Damit halten wir – zusammen mit dem inzwischen vorliegenden Gesetzentwurf und diesen Mitteln – unsere Zusagen ein: unsere Zusage gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die damit die volle Rechtssicherheit erhalten, und unsere Zusage gegenüber den Kommunen, die sich langfristig auf einen Ausgleich ihrer wegfallenden Einnahmen verlassen können.

(Vereinzelte Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ebenso – das ist der zweite Punkt – ist es in diesen Zeiten ein Erfolg, dass die Mittel für die interkommunale Zusammenarbeit vollständig erhalten bleiben. Wir haben vor einigen Wochen hier gemeinsam beschlossen und diskutiert, die Förderung von sogenannten Shared Service Centern in den kommenden Jahren verstärkt in den Fokus zu nehmen.

Frau Stock, ich erinnere mich noch daran, dass gerade Sie vor einigen Wochen eine sehr flammende Rede für die interkommunale Zusammenarbeit gehalten haben.

(Ellen Stock [SPD]: Gutes Gedächtnis!)

Insofern müssten auch Sie es gut finden, dass dieser Haushalt die Grundlage dafür weiterhin erhält und nicht kürzt, damit wir diesen Weg in Zukunft weiter gemeinsam gehen können.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Christian Dahm [SPD]: Deswegen bricht bei uns kein Jubel aus!)

Nun zum Gemeindefinanzierungsgesetz: Viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind auf die Zuweisungen aus diesem Gesetz angewiesen. Da ist es natürlich ein Problem, dass sich die viel zu knappen Finanzen der öffentlichen Haushalte auch im Gemeindefinanzierungsgesetz für das Jahr 2024 bemerkbar machen.

Wir müssen so ehrlich sein und uns eingestehen, dass der geringe Aufwuchs im GFG im Vergleich zum Vorjahr natürlich die Mehrkosten, vor denen die Kommunen unter anderem durch die Inflation stehen, nicht ansatzweise auffängt. Die Situation läuft damit parallel zum Haushalt des Landes, der ja selbst wegen geschrumpfter Steuerprognosen vor enormen und immensen finanziellen Herausforderungen und Sparzwängen steht.

Die politische Hauptverantwortung für diese desaströse Finanzlage von Ländern und Kommunen – das muss an dieser Stelle gesagt werden – liegt aber nicht hier im Düsseldorfer Finanzministerium, sondern in Berlin.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Denn wer sich inmitten einer wirtschaftlichen Krise und bei enormen gesellschaftlichen Investitionserfordernissen mit einer wachstums- und investitionsfeindlichen Schuldenbremse selbst fesselt und darüber hinaus zugleich auch noch Steuersenkungen – vor allem für Gutverdienende – auf den Weg bringt, der erweist am Ende unserer staatlichen Handlungsfähigkeit – auf allen Ebenen: Bund, Länder und Kommunen – einen Bärendienst –

(Beifall von den GRÜNEN)

und nicht zuletzt auch unserer Demokratie. Denn wenn in diesen Zeiten Kommunen vor der Entscheidung stehen, dass sie ihre Schwimmbäder oder ihre Jugendhilfeeinrichtungen schließen müssen, dann ist das ein Brandbeschleuniger für Demokratiefrost. Dann ist das Wasser auf die Mühlen der Rechten, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vor dem Hintergrund dieser immensen Herausforderungen bin ich froh, dass sich diese Landesregierung nicht an den schrillen Tonlagen, die wir in Berlin in Regierung und Opposition derzeit ja mitunter gewohnt sind, beteiligt, sondern dass diese Landesregierung alles in ihrer Macht Stehende tut, um die Kommunen in unserem Land, so gut es geht, zu stabilisieren und zu unterstützen.

Dafür stellen wir das Gemeindefinanzierungsgesetz ab diesem Jahr auch strukturell besser auf und sorgen so dafür, dass die Finanzmittel, wenn sie schon zu knapp sind, wenigstens fair und nach bestem Wissen – nämlich auf Basis einer aktuellen Datengrundlage – verteilt werden. Deshalb ist es gut, dass

dieses GFG endlich wieder auf Basis einer vollständigen Grunddatenaktualisierung aufgestellt wird und dass zugleich der Beschultenansatz zukünftig auch die Zahl der OGS-Schülerinnen und -Schüler berücksichtigt.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zusammenfassen: Eine Lösung für die absolut gravierenden und realen Probleme der Finanzen unserer Städte und Gemeinden – für ihre strukturelle Unterfinanzierung und vor allem auch für ihre Überforderung durch nicht ausreichend gegenfinanzierte Aufgabenzuwächse – kann dieses GFG alleine nicht liefern. Dafür braucht es eine grundsätzlich andere, verantwortungsvolle Fiskalpolitik auf Bundesebene. Vor allem braucht es einen neuen Konsens über die Finanzverhältnisse von Bund, Ländern und Kommunen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Diesen Konsens erreichen wir nicht in einem Überbietungswettbewerb der schrillen Töne, sondern in Ruhe und Verantwortung auch in schwierigen Zeiten. Genau davon zeugen dieser Haushalt und dieses GFG. Deshalb können wir ihm gut zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD spricht nun der Abgeordnete Herr Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU hat mit Übernahme der Landesregierung 2017 angefangen – zumindest dem Namen nach –, sogenannte Heimatpolitik zu machen, und auch gleich noch eine Ministerin dafür benannt.

Beides – das Etikett und die Ministerin – haben nun den Koalitionswechsel überdauert. Auch wenn es hier im Haushalt einen kleineren Anteil hat, will ich an dieser Stelle einmal über die vermeintliche Heimatpolitik der CDU sprechen. Denn über Kommunalfinanzen haben wir ausführlich gesprochen und machen das heute noch anderer Stelle.

Wir wissen ja, dass die Leute bei der CDU Politprofis sind. Es sind also Leute, die auch schlechte Politik gut verkaufen. Sie werden sich bei der Besetzung dieses Begriffs irgendetwas gedacht haben.

Der Rheinländer denkt bei Heimat an Karneval. Andere denken an Schützenfeste oder an den Ort, wo man aufgewachsen ist, wo man zum ersten Mal verliebt war, wo man seine Jugend verbracht hat. Für

die allermeisten Menschen ist Heimat etwas durchweg Harmloses und Schönes und, wenn man nicht da ist, oft auch ein Ort der Sehnsucht. Ich finde, Herder hat es am besten beschrieben, als er sagte:

„Heimat ist da, wo man sich nicht erklären muss.“

Für viele Menschen im Land ist diese Heimat aktuell in Gefahr, und zwar aus zahlreichen Gründen. Da ist ein politisch herbeigeführter wirtschaftlicher Niedergang. Da ist eine planmäßig und rücksichtslos durchgesetzte Zerstörung unserer Familien. Da ist ein Staatswesen, das in der Erfüllung seiner Kernaufgaben – Infrastruktur, Bildung, Sicherheit – zunehmend an ein Entwicklungsland erinnert. Dann ist da eine Politik, die es seit Jahrzehnten darauf anlegt oder es zumindest billigend in Kauf nimmt, dass die autochthone Bevölkerung dieses Landes marginalisiert wird.

Deshalb ist es so perfide, wenn ausgerechnet die CDU, die Partei, die unter Merkel mehr von unserer Heimat zerstört hat, als unter irgendeinem anderen Kanzler dieser Republik zerstört wurde, sich den Begriff „Heimat“ auf die Fahne schreibt.

(Beifall von der AfD)

Schließlich ist es – um ein paar Beispiel zu nennen – ein CDU-Bürgermeister, der im letzten Jahr hier in unserer Landeshauptstadt arabische Straßenschilder hat aufhängen lassen. Ein anderer CDU-Bürgermeister ließ in Köln eine Großmoschee errichten, und zwar mit dem Versprechen, dass dort nie ein Muezzin rufen würde. Das Versprechen ist inzwischen übrigens gebrochen. Überdies treten dort Talibanführer auf, wie wir gerade in der Zeitung lesen durften.

Das ist es also, was man bei der sogenannten Christlich Demokratischen Union unter Heimat versteht. Das zieht sich dann auch durch das Heimatförderprogramm der Landesregierung.

Man verleiht zum Beispiel den sogenannten Heimatpreis an Decolonize Wuppertal. Selbstbeschreibung – ich zitiere –:

„Wuppertal hat eine Kolonialgeschichte, die bis heute nachwirkt. Viele Wuppertaler:innen fühlen sich dadurch betroffen.“

Ich weiß nicht, ob diese Behauptung einer repräsentativen Befragung standhielte. Aber für so etwas gibt es Geld von unserer Landesregierung.

Ebenfalls gefördert, auch in Wuppertal, wurde das Frauennetzwerk kraftvoll, das zum feministischen Kampftag, zur Tanzdemo, aufrief.

(Ellen Stock [SPD]: Ja, gute Sache!)

Meine Damen und Herren von der CDU, ich weiß nicht, ob Sie in letzter Zeit mal in Wuppertal waren. Glauben Sie wirklich, das sei es, was Wuppertal aktuell am meisten braucht? Glauben Sie wirklich, das

sei Heimat? Gerade Wuppertal ist doch ein Musterbeispiel für den Untergang von Heimat, für Parallelgesellschaften, für ganze Stadtviertel, die kaum noch an Heimat erinnern. Das ist symptomatisch für den Etikettenschwindel, den die CDU mit ihrer vermeintlichen Heimatpolitik betreibt.

Wenn Sie unsere Heimat tatsächlich erhalten wollen, dann hören Sie zuallererst mit einer Migrationspolitik auf, die genau diese Heimat zerstört, meine Damen und Herren. Schützen Sie unsere Grenzen, führen Sie die Leute zurück, die hier nichts zu suchen haben, und bekämpfen Sie Parallelgesellschaften.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ich tu dir schon nix!)

Das alles wäre Heimatpolitik, die den Namen verdient – nicht tanzende Feministinnen, nicht Decolonize Wuppertal und auch nicht eine Ministerin, die durchs Land gondelt und sich dafür feiern lässt, Schecks zu verteilen, die andere bezahlen müssen. Deshalb lehnen wir ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Landesregierung hat nun Ministerin Scharrenbach das Wort.

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wissen Sie, Heimat in Nordrhein-Westfalen, das ist etwas ganz Besonderes.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Christian Dahm [SPD]: Schon in Ekstase!)

Nordrhein-Westfalen ist ein Bundesland aus drei Teilen: dem Rheinland, Westfalen und Lippe.

(Zuruf von der SPD: Und Köln!)

Jeder dieser drei Landesteile hat eine ganz besondere Identität und Identifikation. Wir als Landesregierung tun gut daran, den Menschen nicht zu erklären, was Heimat ist.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich bin in diesem Land Nordrhein-Westfalen mit über 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern stolz darauf, dass es über die vergangenen Jahrzehnte hinweg gelungen ist, ein verbindendes Band zu schmieden. Ich sage Ihnen aus voller Überzeugung – das ist meine persönliche Auffassung und Meinung –: Ich liebe Schwarz-Rot-Gold. Und ich liebe Grün-Weiß-Rot. Das sind die Farben dieses Landes. Grün-Weiß-Rot steht für unsere drei Landesteile.

Sie werden repräsentiert, und zwar in einem demokratischen System – von Menschen, die dieses System, die freiheitliche demokratische Grundordnung unserer Republik, nicht nur verinnerlicht haben,

sondern auch darauf geschworen haben, diese freiheitliche demokratische Grundordnung zu verteidigen. Egal ob CDU, SPD, Grüne oder FDP: Wir verteidigen diese Grundordnung.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN, der FDP und Sarah Philipp [SPD])

Wir verteidigen diese Demokratie, weil wir wissen, dass Heimat etwas ist, was Menschen miteinander verbindet. Zugegebenermaßen ist das politisch viel schwieriger, als Menschen zu trennen. Menschen zu trennen, eine Gesellschaft zu trennen, ist viel einfacher, als dafür Sorge zu tragen, dass Menschen bei einanderbleiben – viel einfacher.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und Angela Freimuth [FDP])

Deswegen ist das Förderprogramm der Landesregierung bzw. des Landes „Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen. Wir fördern, was Menschen verbindet“ so viel mehr wert als das, was die Extremisten tun, um Menschen zu trennen und auseinanderzutreiben, um Disharmonie, Zwietracht und Neid zu säen, um letztendlich ihr Ziel zu erreichen, die freiheitliche demokratische Ordnung anzugreifen. Der Vorredner gehört einer Fraktion an, die nichts anderes im Sinn hat, als die freiheitliche demokratische Ordnung zu zerstören.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP –Christian Dahm [SPD]: So ist es! – Zuruf von der AfD: Lüge! – Weitere Zurufe von der AfD)

– Sie verteidigen diese Ordnung nicht. Sie zerstören diese Ordnung.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe wie die anderen Abgeordneten auch und zudem als Mitglied der Landesregierung einen Eid auf diese Verfassung abgelegt.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Dann sind Sie eidbrüchig!)

Ich halte mich an diese Verfassung und diesen Eid. Ich verteidige diese Demokratie gegen Menschen wie Sie.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Das tun die Abgeordneten von CDU, SPD, Grünen und FDP genauso. Wir verteidigen diese Demokratie, unser Zusammenleben, unser Verständnis und unsere Werte gegen Menschen wie Sie.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP – Lachen von der AfD – Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Deswegen investieren wir in unsere Heimat in Nordrhein-Westfalen.

Diese Heimat in Nordrhein-Westfalen lebt nicht davon, dass sie eine politische Definition bekommt, wie Sie das vielleicht wollen: eine Heimat, die Menschen ausschließt, die Ihrem Weltbild nicht entsprechen.

Wir formulieren eine Heimat, die Menschen mitnimmt, die Menschen einschließt. Denn es kommt gar nicht darauf an, woher ein Mensch kommt und welchen Glauben, welche Sexualität, welche Religion oder welches Alter ein Mensch hat.

Der feste Glaube an und das Vertrauen auf unser Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland,

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

das den Menschen in den Mittelpunkt stellt – darauf und auf nichts anderes kommt es an, wenn wir Heimat in Nordrhein-Westfalen fördern. Zugleich geht es um das, was Menschen in unserem Land, in Nordrhein-Westfalen, verbindet.

Dieses Land ist ein gutes Land. Dieses Land ist ein schönes Land. Das werden Sie mit Ihrer all Ihrer Untergangsrhetorik, getrieben von Russland und wem auch immer in dieser Welt, nicht zerstören. Denn die Menschen können auf die demokratischen Strukturen, auf die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen und das, was wir mit Heimat verbinden, vertrauen.

(Andreas Keith [AfD]: Ja?)

Heimat ist das, was Identifikation und Identität bedeutet, was eine Liebe zu diesem Land bedeutet: zu Grün-Weiß-Rot. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP – Zuruf von Andreas Keith [AfD] – Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Keine Zwischenrufe! – Zuruf von Hendrik Schmitz [CDU] – Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Schluss der Aussprache zu Teil a), Kommunales und Heimat, im Einzelplan 08.

Ich rufe auf:

b) Bauen und Wohnen

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD der Abgeordnetenkollegin Frau Philipp das Wort.

(Beifall von der SPD)

Sarah Philipp (SPD): Ganz herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine

Damen und Herren! Wir befinden uns in einer – ich glaube, das ist in diesem Hause unstrittig – epochalen Zeit der Veränderungen.

Die Bau- und Wohnungswirtschaft ist in einer großen Krise. Man kann sagen: Wir befinden uns gegenwärtig sogar in einer der schwersten Krisen seit Jahrzehnten.

(Unruhe)

Das kann man in vielen Gesprächen, die wir alle gemeinsam führen, und im Zusammenhang mit den Themen, die wir im Ausschuss zuletzt diskutiert haben, immer wieder hören. Das kann man auch an Zahlen ablesen.

Es geht um die Sicherung der Bau- und Wohnungswirtschaft. Es geht um die Frage, wie wir politisch helfen können, aus diesem Tal wieder herauszukommen. Es geht natürlich auch – das muss in der Debatte heute deutlich gemacht werden – um die Frage, wie wir die Menschen in Nordrhein-Westfalen mit bezahlbarem Wohnraum versorgen. Das ist die existenzielle Frage. Das ist die Frage, um die sich die Politik kümmern muss.

Wir müssen festhalten, dass es staatliche Daseinsvorsorge und eine Pflichtaufgabe des Landes Nordrhein-Westfalen ist, Menschen mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen.

Weil das so ist, weil das uns als SPD-Fraktion wichtig ist und weil das uns allen gemeinsam wichtig sein sollte, sind wir der Meinung, dass es elementare Aufgabe einer Landesregierung sein sollte, für Wohnungsbau zu sorgen, sich um den Wohnungsbau zu kümmern und dem Thema „Wohnungsbau“ auch eine besondere Priorität zuzuordnen.

Wenn wir uns den Haushalt und diesen Einzelplan anschauen, können wir sagen: Sofern das Priorität sein soll und vor allen Dingen auch Priorität und Schwerpunkt hier in diesem Land sein muss, dann ist dieser Einzelplan und das, was da vorgelegt wurde, für uns eindeutig zu wenig.

(Beifall von Thorsten Klute [SPD] und Ralf Stoltze [SPD])

Wir können viele Punkte aufzählen, die angegangen werden müssen. In den vergangenen Wochen haben wir auch bei diversen Debatten vernommen, dass die Landesregierung sich darauf beschränkt, darauf zu verweisen, dass die Rahmenbedingungen sehr negativ seien, dass alles irgendwie ganz schwierig sei und dass man aber eigentlich gar nicht so richtig etwas machen könne.

Dieses Schwarzer-Peter-Spiel bedeutet am Ende immer, nach Berlin zu zeigen und zu sagen, was die Bundesregierung gerade falsch macht und was alles nicht geht. Das ist schwierig; das wird nicht funktionieren. Dieses Schwarzer-Peter-Spiel wird vor allen Dingen auch der Gesamtsituation nicht gerecht.

Denn Wohnungsbau ist Landesaufgabe. Das kann man an vielen Punkten ablesen.

Niemanden draußen interessiert, wer schuld daran ist, dass es nicht genug bezahlbaren Wohnungsbau gibt. Die Diskussion darüber lenkt davon ab, dass die grundsätzlichen Kompetenzen bei der Landesregierung liegen und dass Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen deutlich mehr vorangebracht werden könnte. Das ist in der Landesverfassung, in der es darum geht, wer welche Aufgabe hat, auch so festgeschrieben.

Der Bund – das will ich hervorheben – hat eine Finanzbeihilfekompetenz. Das Land muss einiges selbst machen. Deswegen sind wir – das will ich in der Haushaltsdebatte auch sagen – dazu bereit, in Zukunft mehr zu tun. Wir wollen in Nordrhein-Westfalen Wohnungsbau gemeinsam mit Ihnen wieder konstruktiv und effektiv voranbringen, damit das auf Landesebene insgesamt ein Schwerpunktthema wird. Dazu gehört auch, dass man konstruktiv miteinander umgeht.

Die Debatten, die wir hier zuletzt geführt haben, und auch das, was wir von der Ministerin gehört haben, waren durchaus schwierig. Zum Beispiel wurde kommentiert, dass ein Wohnungsbaupflicht auf Bundesebene ein Kaffeekränzchen gewesen sei. Oder es wurde gesagt, dass das, was die Bundesregierung gerade im Wohnungsbau für die Bauwirtschaft tut, Giftmischerei sei. Das sind nur zwei Zitate aus den vergangenen Debatten.

Dazu will ich einmal sagen: Wenn man dieses viele Millionen Menschen bewegende Thema ernsthaft gemeinsam voranbringen will, dann muss man ein bisschen konstruktiver vorgehen. Wir bieten das an. Aber wir erwarten auch eine ganze Menge mehr von dieser Landesregierung.

(Beifall von der SPD und Angela Freimuth [FDP])

Ich will einige Beispiele nennen, wo wir sagen: Da geht mehr. Da hätten wir von der Landesregierung in diesem Haushalt auch mehr erwartet.

Thema „Städte- und Gemeindeentwicklung“: Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen der Kommunen insgesamt und der Möglichkeiten, die man bei der Städte- und Gemeindeentwicklung hätte, weist der Haushaltsentwurf aus, dass hierfür 11,4 % weniger vorgesehen sind.

Natürlich ist das eine Kofinanzierung, und natürlich kommt auch Geld vom Bund; gar keine Frage. In diesen Zeiten, in denen die Städte und Gemeinden vor großen Herausforderungen stehen und es diverse Förderprogramme gibt, hätten wir uns aber mehr eigene Impulse erwartet.

Bei den Städtebaufördermitteln sind riesige Ausgabenreste übrig geblieben. Wir als Fraktion haben das

kürzlich abgefragt. Den Kommunen wird damit Geld entzogen, das sie für Städtebauförderung bzw. für Städte- und Gemeindeentwicklung einsetzen könnten. Dieses Problem muss man auf Landesebene angehen und lösen. Wir machen Vorschläge.

Auch beim Thema „klimagerechte Quartiere“ hätten wir mehr erwartet. Das ist zu wenig. Da muss man im bevölkerungsreichsten Bundesland vorangehen. Da muss man eigene Förderprogramme haben.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Ihre Redezeit.

Sarah Philipp (SPD): Auch beim Thema „Denkmalschutz“ ist mehr möglich; auch da sind wir nicht zufrieden mit dem, was drinsteht.

Am Ende kann man sagen: Wir werden diesem Einzelplan nicht zustimmen. Er ist für die Antworten in dieser Zeit ...

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Frau Philipp, Ihre Redezeit ist nun schon um 35 Sekunden überschritten.

Sarah Philipp (SPD): Weil das alles nicht reicht, werden wir diesem Einzelplan nicht zustimmen. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU hat nun der Abgeordnetenkollege Herr Ritter das Wort.

Jochen Ritter (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorgelegte Entwurf bietet eine solide Grundlage für das, was wir uns für 2024 vorgenommen haben. Das finanziell voluminöseste und politisch wohl bedeutsamste Vorhaben ist die Fortsetzung der öffentlichen Wohnraumförderung und das auf erhöhtem Niveau.

(Beifall von der CDU, Arndt Klocke [GRÜNE] und Michael Röls-Leitmann [GRÜNE])

Das Programmvolumen steigt von 1,6 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 1,7 Milliarden Euro im nächsten, danach sollen es bis zum Ende der Legislaturperiode 1,9 Milliarden Euro jährlich sein. Damit bietet die Landesregierung Investorinnen und Investoren im öffentlich geförderten Wohnungsbau verlässliche Finanzierungsbedingungen oder Perspektiven – so der Erläuterungsbericht zu Einzelplan 08. Was so unspektakulär klingt, entwickelt sich mehr und mehr zu einem Unique Selling Point – wie wir im Sauerland sagen –, nämlich Verlässlichkeit.

(Heiterkeit von Christian Dahm [SPD])

Das gilt jedenfalls im Vergleich zu dem – das kann ich Ihnen nicht ersparen, Frau Philipp –, was Bauwilige erleben, wenn sie mit Förderungen der SPD-geführten Bundesregierung planen. „Baukollaps droht erneut: Wiederholung der Geschichte“ – so kommentiert der Münchner Merkur am 24. November die jüngste Streichung von gleich vier Förderprogrammen der KfW für den Bausektor.

(Zuruf von der CDU)

Damit sind auch und gerade Handlungsfelder betroffen, die Ihnen, Frau Philipp, in der letzten Sitzung des Ausschusses noch so wichtig waren. Sie bemängelten da unsere Ansätze für die Klimafolgenanpassung. Jetzt wird bundesweit das Programm „Energetische Stadtsanierung“ gecancelt, in Abstimmung mit dem SPD-geführten Bundesbauministerium – wie es in der Pressemitteilung heißt. So viel kann man hier gar nicht an den Folgen des Klimawandels reparieren, wie Sie in Berlin gerade an Maßnahmen zum Klimaschutz absolvieren.

(Beifall von der CDU und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Verheerend, Frau Philipp – so der Münchner Merkur weiter –, könnten auch die Folgen für die Branche sein. Ich zitiere: „Damit wäre das Vertrauen der Investoren verloren [...]“.

Mit unseren mehrjährigen Wohnraumförderprogramm setzen wir dagegen einen stabilen Kontrapunkt. Auch der Zugang zu den Mitteln wird hier vereinfacht. Zukünftig wird es ein wettbewerbsbasiertes Antragsverfahren geben, für dessen Etablierung wir mit diesem Haushalt die nötigen Mittel bereitstellen.

Während wir die Prozesse optimieren, wollen Sie neue Strukturen schaffen. 10 Millionen Euro sollen eingesetzt werden, um eine landeseigene Wohnungsgesellschaft zu gründen. Damit schaffen Sie nicht eine einzige neue zusätzliche Wohnung, sondern bestenfalls einen weiteren Akteur auf dem Wohnungsmarkt, der mit genau denselben Herausforderungen zu kämpfen hätte, mit denen sich die vorhandenen Akteure bereits auseinandersetzen.

Wir haben in NRW allen Unkenrufen zum Trotz eine vielfältige und leistungsfähige Wohnungswirtschaft, auch und gerade im kommunalen Bereich. Eines von dieser Ebene abgehobenen staatlichen Players bzw. Konkurrenten bedarf es hier nicht.

Auch aus der Städtebauförderung hat sich der Bund teilweise verabschiedet. Die Stichworte sind „Soziale Integration im Quartier“ und das Sportstätteninvestitionsprogramm. Immerhin sieht der Entwurf des Bundeshaushalts, bisher jedenfalls noch, eine Verstärkung der Bundesmittel auf dem diesjährigen Niveau vor. Darauf ist unser Ansatz abgestimmt.

Nicht nur beim Wohnen, auch beim Bauen schreitet die Digitalisierung mit Unterstützung des Landes

voran, von der Bauleitplanung bis zu innovativen Verfahren bei der Realisierung konkreter Vorhaben. Dabei ist Geld nicht alles, so ist NRW in Sachen „Building Information Modeling“ bundesweit Vorreiter, unter anderem mit einem Kompetenzzentrum, mit Leitfäden, mit Netzwerken und vielem mehr. Davon haben sich die Sprecher bei einer Podiumsdiskussion in meinem Wahlkreis ja unlängst überzeugen können.

Ähnlich sieht es beim Thema „Denkmäler“ aus. Wir unterstützen die Eigentümerinnen und Eigentümer finanziell dabei, sie in Schuss zu halten, und zwar mit einem Ansatz, der mit 33 Millionen Euro für 2024 immer noch rund zwei Drittel über dem liegt, was wir bei Regierungsübernahme 2017 vorgefunden haben.

(Beifall von der CDU und Arndt Klocke [GRÜNE])

Im Übrigen haben wir in diesem Zusammenhang bereits vor zwei Jahren rechtliche Spielräume eröffnet, um geschützte Gebäude in Betrieb zu halten, die Nutzung erneuerbarer Energien inklusive.

Fazit: Der Entwurf liefert das, was nötig ist, nicht mehr und nicht weniger, aber das sollte auch für Fraktionen außerhalb der Koalition zustimmungsfähig sein. Ich würde mich freuen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP hat nun die Abgeordnetenkollegin Frau Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie auch bei den Beratungen vor einem Jahr waren und sind die Herausforderungen im Wohnungsbau immens – darauf ist gerade schon hingewiesen worden.

Die massiv gestiegenen Baukosten und Bauzinsen waren schon damals für viele private Bauherinnen und Bauherren, aber eben auch für Projektentwickler und kommunale Baugesellschaften eine große Belastung. Im Laufe dieses Jahres hat die Landesregierung diese Belastung und die Unsicherheiten eher verstärkt.

Als besonders negativ ist hier das abrupte Ende des Programms „NRW.Zuschuss Wohneigentum“ im Juli zu erwähnen. Ohne irgendeine Ankündigung wurden Familien und andere Bauwillige von dem Stopp überrascht. Da wünschte ich mir fast zurück, was ich vor einem Jahr kritisiert habe: dass die Landesregierung dieses Programm als bestgehütetes Staatsgeheimnis hegt. – Aber so wurde quasi über Nacht für viele Familien, sodass keiner der Investitionswilligen sich darauf einstellen konnte, der Schritt in die eigenen

vier Wände verhindert. Der Traum ist geplatzt wie eine Seifenblase.

Neben den gestiegenen Zinsen und Kosten für Baumaterialien hemmt natürlich auch die fehlende und unzureichende Digitalisierung der Bauverwaltung die dringend benötigten Investitionen. Die Bearbeitung eines normalen Bauantrags dauert in Nordrhein-Westfalen im Durchschnitt 18 Monate lang.

Eine digitale Beantragung und die medienbruchfreie Bearbeitung suchen wir vielerorts vergebens – und das, obwohl das Bauministerium mit dem Bauportal.NRW seit Jahren an dem Angebot arbeitet. BIM und 4D-Modeling können ihr volles Potenzial zur Beschleunigung von Bauvorhaben nur entfalten, wenn auch unsere Verwaltungen fit für die Zukunft sind.

Es fehlt an Wohnraum – das ist doch unbestritten – und vielerorts auch an preisgebundenem Wohnraum. In den Bereichen, die Innovation und Beschleunigung versprechen, kürzt die Landesregierung aber rigoros die Mittel zusammen.

Technologien wie der 3D-Druck haben bereits eindrucksvoll gezeigt, welchen praktischen Nutzen sie für die Baubranche bringen können. Gerade hier muss der Landeshaushalt fördern und investieren, um Nordrhein-Westfalen für Unternehmen attraktiv zu machen, die diese Zukunftstechnologien flächendeckend in die Praxis hineinbringen wollen.

(Beifall von der FDP)

Die geplante Kürzung ist hier ein kontraproduktiver und falscher Schritt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bauen muss einfacher, günstiger und schneller werden, und der Haushalt sollte diesen Grundsatz auch widerspiegeln. Als Freie Demokraten begrüßen wir die zusätzlichen 85 Millionen Euro, die die Bundesregierung alleine für Nordrhein-Westfalen für die Wohnraumförderung bereitstellt.

(Beifall von der FDP)

Gleichzeitig endet das Sonderprogramm zum klimagerechten Bauen des Bundes. Es ist daher doch an der Landesregierung, sowohl den Neubau als auch die Klimaanpassung aus der regulären Wohnraumförderung zu finanzieren. Wir werden hier genau hinsehen, welche Prioritäten Sie dabei setzen.

Für mehr Wohnraum braucht es Innovationen am Bau und Digitalisierung der Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie einen effizienten praxisorientierten Einsatz der Fördermittel. All das bildet der Einzelplan 08 nur unzureichend ab. Deswegen werden wir Freien Demokraten ihm auch nicht zustimmen und dagegen votieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Abgeordnete Herr Klocke das Wort.

Arndt Klocke (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Damen und Herren! Machen was nötig ist, hat Kollege Jochen Ritter gesagt. Wir machen das, was das Land in diesem Rahmen machen kann. Wir wissen alle, dass sicherlich mehr nötig wäre. Die Analyse würden, glaube ich, alle demokratischen Fraktionen teilen: Wir haben zu wenig preisgebundenen und preiswerten Wohnraum. Wir müssen eigentlich mehr in diesem Bereich schaffen. Die Analyse teilen wir, glaube ich alle, aber auch das, woran es liegt. Es ist ja nicht so, dass wir jetzt sagen würden, es gibt einfach nur zu wenig Geld, sondern es betrifft die Situation bei den Handwerkerinnen und Handwerkern, die Materialien, die Möglichkeiten, hier schnell und zügig zu bauen. In der Analyse sind wir uns relativ einig.

Wir waren im Herbst drei Tage zusammen auf der Delegationsreise in München und haben uns da ein paar Anregungen geholt. Reisen bildet ja. Mein Eindruck war schon, dass wir in der Analyse ziemlich nah beieinander sind. Die Frage ist immer, wo schiebt man es gerade hin. Dass es die Opposition jetzt auf die Landesregierung schiebt, wundert uns an der Stelle nicht.

Es ist angesprochen worden: 1,7 Milliarden Euro für die Wohnraumförderung, die schon seit 25 Jahren bundesweit an der Spitze ist und entsprechend gelobt wird. Die Ministerin hat in ihrer Rede gerade ein Stück über den Dingen gesprochen. Ich würde gerne in meiner Rede das Kleine mal erwähnen.

Ich finde, das es auch bei den ganzen Zahlen – 400.000 Wohnungen fehlen im Bund, 1,7 Milliarden Wohnraumförderung – Aufgabe von uns hier im Parlament, insbesondere der Demokratinnen und Demokraten, ist, auch das herauszustreichen, was mit diesem Geld umgesetzt wird.

Ich hatte im Herbst, Ende September, das Vergnügen, dass die Ministerin in meinem Wahlkreis in Köln war, wo sie ein Wohnprojekt eingeweiht hat, 15 Wohneinheiten für Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung – direkt daneben gelegen ein Wohnprojekt von der Aachener Genossenschaft, auch mit 30 Wohneinheiten, das gerade kurz vor der Fertigstellung ist. Wir haben uns das da zusammen angeguckt, wurden von den frisch eingezogenen Bewohnerinnen und Bewohnern durchgeführt.

Ich erinnere mich an das junge Paar, beide mit geistiger Behinderung, die voller Begeisterung erzählten, das sei ihre erste gemeinsame Wohnung, was das an Freiheit bedeute, an Chancen auch für die beiden. Mit großer Begeisterung und Tränen in den Augen haben sie uns ihre erste eigene Wohnung gezeigt.

Eine solche Wohnung würde nicht realisiert ohne die Wohnbauförderung des Landes.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ich meine, es ist unsere Aufgabe, solche Beispiele – diesen Überbietungswettbewerb, sind es jetzt 1,7 Milliarden, müssten es nicht 1,8 Milliarden sein, können Leute draußen nicht nachvollziehen – herauszustellen und auch darauf hinzuweisen, dass das Land Nordrhein-Westfalen Geld, Beratung gibt oder über die NRW.BANK auch gute Möglichkeiten der Umsetzung anbietet, damit solche Projekte in unseren Städten und Kreisen realisiert werden; das ist ein Ausweis von Demokratie, von effizientem und gutem Einsatz von Steuermitteln.

Davon können Menschen profitieren, die sonst keine Chance auf dem Wohnungsmarkt hätten. Ich meine, es ist unser aller Aufgabe, vor Ort solche Wahlkreis-terme zu machen und so etwas herauszustreichen. Ohne diese Landesförderung könnte das nämlich nicht realisiert werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Zum Abschluss – das hat unsere wissenschaftliche Mitarbeiterin mir sehr ausführlich aufgeschrieben, sie wird sich vielleicht zu Hause am Stream fragen, warum er das nicht ausführlich macht: Kollegin Sarah Philipp hat eben angesprochen, was klimagerechte Quartiere angeht. Wir können im Bereich von Dach- und Fassadenbegrünung – das ist vielleicht im Haushalt etwas versteckt – bei der öffentlichen Wohnraumförderung, also im geförderten Mietwohnungsbau, attraktive Zusatzdarlehen anbieten, die auch abgerufen werden, um Maßnahmen der Klimaanpassung umzusetzen.

Gefördert werden zum Beispiel 75 % der Herstellungskosten bei der Dach- und Fassadenbegrünung. Menschen, Eigentümergemeinschaften, Mietwohnungsgenossenschaften, die Dach- und Fassadenbegrünung umsetzen wollen, finden in der Wohnraumförderung für klimagerechte Quartiere entsprechende Angebote. Es gibt auch die entsprechende Modernisierungsförderung des Landes. Um gerade im hochverdichteten Stadtraum dem entgegenzuwirken, dass dort Hitzeinseln entstehen, gibt es Möglichkeiten, dass dort klimagerechte Quartiere umgesetzt werden. Da gibt es entsprechende Förderdarlehen der NRW.BANK. Wir haben gerade noch bei der Wohnraumförderung zusammengesessen und die ganzen Programme auch noch einmal ausgewertet.

All diese Programme sind vorhanden, und ich glaube, es ist auch Aufgabe von uns Abgeordneten, vor Ort die Wohnungsbauunternehmen und auch die Genossenschaften darauf hinzuweisen, dass diese Programme auch entsprechend abgerufen und umgesetzt werden.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Für die grüne Fraktion ist der Haushalt auf jeden Fall zustimmungsfähig. Mehr kann man immer machen, aber das ist das, was unter den aktuellen Haushaltsbedingungen möglich ist. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD hat nun der Abgeordnete Herr Clemens das Wort.

Carlo Clemens (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die im Einzelplan 08 enthaltenen Ausgaben für das Wohnen verdeutlichen das Ausmaß der sozialen Krise unserer Zeit. Die soziale Krise unserer Zeit ist vor allem eine wohnpolitische Krise.

Diese Krise ist die Folge von zwei Entwicklungen, die sich gegenseitig weiter anfeuern – ein anhaltend hoher Migrationsdruck trifft auf eine Bautätigkeit, die immer unzureichender wird. Die Baugenehmigungen gehen auch in diesem Jahr immer weiter zurück. Der Absturz beim Wohnungsbau gewinnt an Fallgeschwindigkeit – sagt der Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft in dieser Woche.

Der Landeshaushalt spiegelt wider, wie Bund und Land darauf reagieren – mit immer höheren Transfers und Subventionen. Doch das Wohngeld schafft keine neuen Wohnungen. Es treibt die Mieten weiter nach oben. Der soziale Wohnungsbau ist teuer, bürokratisch und hilft nur wenigen glücklichen Haushalten.

Wir brauchen also weitere Ansätze, um trotz rekordhoher Baulandpreise, Baukosten und Zinsen für ausreichend Wohnungsneubau in NRW zu sorgen – gerade auch für freifinanzierten Wohnungsbau.

Bei den für den Bereich „Wohnen“ eingeplanten 1,33 Milliarden Euro gibt es tatsächlich kaum landespolitischen Gestaltungsspielraum. Mit dem Wohngeld-Plus hat der Bund auch unseren Landeshaushalt enorm belastet. Gegenüber 2021 haben sich die Wohngeldausgaben auf über 1,2 Milliarden Euro verdreifacht.

Auch beim sozialen Wohnungsbau steigt der Bundeszuschuss und entsprechend der Landesfinanzierungsanteil. NRW kann hier allerdings zusätzlich aus dem Landeswohnungsbauvermögen schöpfen, sodass im kommenden Jahr 1,7 Milliarden Euro für Sozialwohnungen ausgegeben werden können. Das ist durchaus ein Pfund, mit dem man wuchern kann.

Aber dieses Pfund verliert ständig an Wert, weil wir damit gegen eine dramatische Verschlechterung der Umfeldbedingungen anfordern. 2022 wurden pro geförderter Sozialmietwohnung schon über 180.000 Euro ausgegeben. Dieses Jahr dürfte der Wert

aufgrund der sich zuspitzenden Preisentwicklung weit darüber liegen. Deshalb sind vor allem im sozialen Wohnungsbau einfache Standards und serielles Bauen das Gebot der Stunde.

Wichtig ist es, zu betonen, dass aus seriellem Bauen nicht zwangsläufig einfallslose Flachdachklötze entstehen müssen, sondern dass durchaus auch preiswert und schön gebaut werden kann, wenn denn ein Wille da ist.

Wir müssen mit den begrenzten Mitteln möglichst viel neuen Wohnraum schaffen. Daher müssen aus Sicht der AfD die Modernisierungs- und die Quartiersförderungen in der aktuellen Wohnungsmarktsituation deutlich hintenanstehen. Wir brauchen einen klaren Fokus auf den Neubau, meine Damen und Herren.

Auch in der Krise bleiben wir bei unserer Forderung nach Wohnformenneutralität. Die Förderung der Wohneigentumsbildung von Schwellenhaushalten ist billiger und nachhaltiger als die Mietwohnraumförderung. Sie schafft auch durch Freiziehen neuen Mietwohnraum.

Doch entscheidend kommt es auf die freien Bauträger an. Wir müssen endlich die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Investoren wieder freifinanzierten Wohnraum für sämtliche Einkommensschichten bauen können. Das ist natürlich auch eine Frage des Baulandangebots, und das heißt in den Ballungsräumen vor allem aufwendige und zeitintensive Innenentwicklung, denn die Flächenpotenziale für die Außenentwicklung in Ballungsräumen sind rar, wie eine umfangreiche Studie des IW zusammen mit dem Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Bezug auf die Großstädte in NRW deutlich gemacht hat.

Um schneller und günstiger zu bauen, muss sich die Landesregierung auf allen Ebenen für die Reduzierung übertriebener technischer und energetischer Anforderungen einsetzen. Das ist natürlich schwierig mit den Grünen in der Regierung, bei denen man noch immer von einer Rohstoffabgabe auf Sand und Kies träumt, als wäre das Bauen nicht schon teuer genug.

Wieso ist diese Landesregierung so träge? Wo bleiben die Impulse, etwa zur Überwindung der Eigenkapitalhürde von Schwellenhaushalten oder zu Mieterprivatisierungen, die den kommunalen Wohnungsunternehmen zusätzliche Mittel für den Neubau verschaffen würden? Wann geht es endlich einmal voran bei der Grunderwerbsteuer für angemessenes Wohneigentum und bei ihrer temporären Senkung für den Mietwohnungsbau?

Doch all das wird nicht reichen, wenn wir nicht endlich die Migration deutlich begrenzen. Wir hatten 2022 eine historische Rekordzuwanderung nach NRW erlebt. Per Saldo sind über 287.600 Personen aus dem Ausland nach NRW eingewandert. Das ist

mehr, als kreisfreie Städte wie Mönchengladbach, Gelsenkirchen oder Aachen Einwohner haben.

Auch in diesem Jahr haben wir ein positives Wanderungssaldo. Die Bevölkerung in unserem dicht besiedelten Bundesland wächst immer weiter, und das verschärft wesentlich die Anspannung auf den Wohnungsmärkten – ein logischer Sachzusammenhang, der nur von der AfD ausgesprochen wird.

(Gönül Eğlence [GRÜNE]: Weil er unwahr ist!)

Alles in allem vermissen wir von der Landesregierung einen klaren Fokus auf den Neubau. Sie haben keine Mittel für die Verlängerung des Grunderwerbssteuerrabatts eingeplant. Instrumentell setzen Sie in der Krise allein auf den sozialen Wohnungsbau. Das ist alles zu wenig, und darum können wir diesen Einzelplan nur ablehnen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Scharrenbach das Wort.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Landeshaushalt 2024 – insbesondere im Bereich „Bauen und Wohnen“ – setzt die Landesregierung Nordrhein-Westfalens mal wieder Maßstäbe – nicht nur in diesem Jahr, sondern auch im kommenden Jahr. Deswegen gestatten Sie mir ein paar wenige Punkte im Hinblick auf die Vorrednerinnen bzw. Vorredner.

Vonseiten der SPD wird kritisiert, dass möglicherweise Ausgabereste im Rahmen der Städtebauförderung zur Disposition stehen. – Also, bei aller Wertschätzung: Welche Bundesregierung ruft denn gerade diese Ausgabereste zur Disposition auf? – Es ist doch gerade die SPD. Insofern sprechen Sie vielleicht einfach einmal mit der SPD in der Bundesregierung darüber, dass man aufhört, über die Ausgabereste in der Städtebauförderung dem Land Nordrhein-Westfalen und den Kommunen zu Leibe zu rücken.

(Beifall von der CDU)

Sie verkennen es in der Summe, warum Ausgabereste entstehen. Wir haben Ausschreibungen, die aufgehoben werden müssen, weil die abgegebenen Gebote einfach unwirtschaftlich sind – vor dem Hintergrund der Haushaltsgrundsätze, die wir in der Bundesrepublik Deutschland miteinander haben, was Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit angeht – und nicht umgesetzt werden können.

Es ist doch gerade das Bundesbauministerium, das – getriggert vom FDP-Bundesfinanzministerium – versucht, diese Ausgabereste einzusammeln. Das geht

natürlich zulasten der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Also fangen Sie doch bei sich selber an.

(Zuruf von der SPD)

Dann haben wir hier weniger Probleme und können die Projekte zur Modernisierung und Veränderung des Landes Nordrhein-Westfalen mit den Städten und Gemeinden vorantreiben.

(Zustimmung und Beifall von der CDU)

Sie sind mit der Adresse an die Landesregierung falsch unterwegs.

Sie haben vonseiten der SPD ausgeführt, dass wir mehr Geld in klimagerechte Quartiere investieren sollten. Bei aller Wertschätzung der Kolleginnen und Kollegen der SPD: Das macht ja die Landesregierung aus CDU und Grünen, aber Sie torpedieren das gleich wieder.

(Zuruf von der CDU: Immer wieder!)

Wir sind gerade im Ruhrgebiet mit „Prima. Klima. Ruhrmetropole.“ unterwegs und zeichnen dort Projekte aus, mit denen sich Städte und Gemeinden auf den Weg gemacht haben – übrigens, bevor Sie auf die Idee gekommen sind, Städte und Gemeinden per Bundesgesetz zu einer Werbeplanung zu verpflichten. Wir haben uns verständigt, dass wir eine Kombinationsfinanzierung aus Landesmitteln und Finanzmitteln der KfW vornehmen.

Das Problem ist jetzt nur: Sie streichen die Mittel der KfW, und das Land Nordrhein-Westfalen muss eintreten. Also, die Geschäfte vonseiten der Bundesregierung, die Sie hier machen – gerade aus der SPD heraus –, sind echt schlechte Geschäfte.

(Zustimmung von der CDU)

Deswegen nimmt Ihnen das auch im Land Nordrhein-Westfalen keiner mehr ab, wenn Sie sagen „Das Land muss, muss, muss!“, und Sie kündigen bundesseitig die Geschäftsgrundlagen auf, damit Quartiere und Städte und Gemeinden sich in Richtung Klimagerechtigkeit entwickeln können. Also, offen gesagt: Das glaubt Ihnen doch keiner mehr, was Sie hier vortragen.

(Zustimmung und Beifall von der CDU)

Das Beste schlechthin, meine sehr geehrten Damen und Herren, war mein Vorredner. Das muss man jetzt hier mal einfach sagen.

(Heiterkeit von Christian Dahm [SPD])

Mein Vorredner stellt sich hier hin und formuliert: Wir brauchen im öffentlich geförderten Wohnungsbau für die, die im öffentlich geförderten Wohnungsbau wohnen, eine schlechtere Bauqualität als für alle anderen. – Das muss man sich auf der Zunge zergehen

lassen. Das ist eine Zweiklassengesellschaft im Bau, die vonseiten der Vorredner gefordert wird.

(Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Dass der Mensch gleich ist!)

Sie behaupten angeblich, sie ständen auf dem Boden des deutschen Grundgesetzes,

(Zuruf von Jens-Peter Nettekoven [CDU])

die aber eines nicht verstanden haben, nämlich, dass der Boden des deutschen Grundgesetzes davon ausgeht, dass der Mensch gleich ist. Er ist gleich. Unabhängig von Geld, Herkunft, Geschlecht, Alter, Religion: Der Mensch ist gleich.

(Dr. Hartmut Beucker [AfD]: Er hat gleiche Rechte!)

Der Mensch ist gleich.

(Dr. Hartmut Beucker [AfD]: Nein!)

Der Mensch ist gleich!

(Beifall von der CDU)

Ich bin ja froh, dass Sie das sagen, weil ich auch nicht Sie bin. Das könnte ich gar nicht sein. Das verbietet sich.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Das verbietet sich in meinem Verständnis des Menschseins. Der Mensch ist frei, und der Mensch ist gleich.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Vielleicht kommen Sie mal wieder zurück zum Bauen?)

Sie sollten nur mal die Präambel des deutschen Grundgesetzes lesen,

(Christian Dahm [SPD]: Das geht ja nicht!)

was Sie nicht tun, weil Sie dieses Grundgesetz auch definitiv nicht verinnerlicht haben – das ist ja Ihr Problem. Sie haben das Grundgesetz nicht verinnerlicht.

(Beifall von Dr. Julia Höller [GRÜNE])

Deswegen verteidigen Sie auch nicht das Grundgesetz, sondern Sie greifen die Republik an.

(Zuruf von der AfD: Ja! Ja!)

Sie greifen das Grundgesetz an, Sie greifen die freiheitlich-demokratische Grundordnung an.

Sie haben mit den Sparringpartnern, die Sie in der Welt gefunden haben, die dieser Republik, die dieser Gesellschaft nichts Gutes wollen,

(Widerspruch von der AfD)

einen Weg gefunden, das auf das Wohnen zu transferieren.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Sven Werner Tritschler [AfD]: Sind Sie jetzt Ministerin für Sonntagsreden?)

Sie sagen: Die Menschen, die im öffentlich geförderten Wohnungsbau wohnen, müssen einfacher wohnen als alle anderen.

(Carlo Clemens [AfD]: Nein! Das habe ich nicht gesagt!)

Wissen Sie, das Problem ist, dass Sie gar nicht verstanden haben, wer in öffentlich geförderten ... – Wie viele Sekunden habe ich noch?

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Sie dürfen so lange reden, wie Sie wollen. Aber ich kann Ihnen sagen ...

(Beifall und Heiterkeit von der CDU und den GRÜNEN)

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sie haben ja noch nicht mal verstanden, wer im öffentlich geförderten Wohnungsbau wohnt.

(Zustimmung von der CDU)

Wenn man Ihrer Theorie folgt – blonde Dächer für deutsche Wohner –,

(Beifall und Heiterkeit von der CDU und den GRÜNEN)

dann haben Sie noch nicht mal verstanden, dass die Menschen, die einen Wohnberechtigungsschein in Nordrhein-Westfalen, in der Bundesrepublik Deutschland haben, zu zwei Drittel Rentner und Alleinerziehende sind. Bei den Rentnern sind es überwiegend deutsche Rentnerinnen, die einen Wohnberechtigungsschein haben.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Und Sie verlangen, dass wir den öffentlichen Wohnungsbau schlechter bauen als den, der freifinanziert ist.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Wissen Sie, im Verständnis der Demokraten im Land Nordrhein-Westfalen, der Bundesrepublik Deutschland gibt es keinen Unterschied, wie man wohnt. Wir bauen gleich!

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Das ist das Entscheidende: Wir bauen gleich. Das ist eine dieser Errungenschaften. Wir wollen keine Zweiklassengesellschaft, wie Sie sie wollen. Sie unterscheiden Menschen danach, woher sie kommen, welche Religion, welches Geschlecht sie haben.

(Widerspruch von der AfD)

Das ist aber nicht das Wesen des deutschen Grundgesetzes. Und das haben Sie bis heute nicht verstanden.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Deswegen funktioniert auch der Wohnungsbau, den Sie in Nordrhein-Westfalen wollen, nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gucken Sie sich den Haushaltsplan für das Jahr 2024 gerade im Kapitel Bauen und Wohnen an: Wir bauen für Menschen im Land Nordrhein-Westfalen! Wir bauen für die Menschen, unabhängig von Geschlecht, Alter, Religion, Herkunft. Das interessiert uns alles nicht. Wir – und das ist unser Versprechen, das ist das Versprechen der Demokratinnen und Demokraten im Land Nordrhein-Westfalen – bauen öffentlich gefördert für die, die wenig Geld haben, weil das unser Verständnis von sozialer Marktwirtschaft ist,

(Zustimmung von der CDU)

weil wir dafür Sorge tragen, dass Menschen, denen wenig Geld zur Verfügung steht, an dieser Gesellschaft teilhaben können.

(Zuruf von der AfD)

Das ist unser Auftrag! Dem kommen wir nach, und das gelingt! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Bezugnehmend auf Ihre Frage von vorhin teile ich Ihnen mit, dass Sie für die Regierung so lange reden können, wie Sie es für nötig halten. Dennoch weise ich darauf hin, dass die Redezeit um 2 Minuten 31 Sekunden überzogen worden ist. Diese Zeit steht selbstverständlich auch den anderen Fraktionen zur Verfügung. – Ich sehe aber keine Wortmeldungen.

Somit kommen wir zum Schluss der Aussprache zu Teil b) Bauen und Wohnen des Einzelplanes 08 und gehen über zu

c) Digitalisierung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD dem Abgeordnetenkollegen Herrn Stoltze das Wort.

Ralf Stoltze (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Ich glaube, wir sind uns hier alle einig: In Sachen Digitalisierung der Verwaltung ist noch gewaltig Luft nach oben, und das in vielerlei Hinsicht.

Gleich beim Blick auf das Dashboard NRW zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes fallen zwei Dinge ins Auge: Zuerst fällt auf, dass mit dem Dashboard der Stand der Umsetzung vor einem Jahr angezeigt wird. Für ein Informationsportal, das anzeigen soll, welche digitalen Dienstleistungen in einer Gemeinde angeboten werden, finde ich diese Verzögerung bemerkenswert.

Was hat sich in diesem einen Jahr getan? Stockt die Umsetzung des OZG in den Kommunen, und hat sich seit einem Jahr nichts bewegt? Sollte das so sein, wäre das ein Armutszeugnis. Sollte das nicht so sein, und das Dashboard wurde nur seit einem Jahr nicht aktualisiert, dann ist dieses Informationsportal sinnlos. So oder so ist das ein Symbol der Digitalpolitik Ihres Hauses, Frau Scharrenbach.

Zweitens fällt auf, und das halte ich für viel gravierender, dass in der Karte sehr viel Hellgrün und zu wenig Dunkelgrün zu sehen ist. Zur Information: Hellgrün bedeutet, dass die Umsetzung des OZG noch am Anfang steht. Dunkelgrün bedeutet, dass die Umsetzung des OZG immerhin Fortschritte macht.

Auch hier der Befund: Es geht mit der Digitalisierung in NRW nicht voran. Jeder kann sich diese Karte einmal unter OZG-Dashboard Online-Dienste Nordrhein-Westfalen ansehen.

Ich nenne ein weiteres Beispiel. Was hat Ihr Ministerium getan, um die von den Hackerangriffen schwer getroffenen Kommunen in Südwestfalen effektiv zu unterstützen? Wenn man in die Szene hineinhört, war das nicht sehr viel.

Das CERT hat gegen den massiven Angriff augenscheinlich wenig ausrichten können. Das kann man noch verstehen. Dass es aber derart lange dauert, bis die Kommunalverwaltungen wieder funktionsfähig sind, lässt an der Wirksamkeit von SIT erhebliche Zweifel aufkommen. Das Vertrauen der Kommunen in die Unterstützung des Landes ist jedenfalls schwer erschüttert. So dürfen wir mit den kritischen digitalen Infrastrukturen nicht umgehen.

Wir werden über diese Punkte im Ausschuss sicherlich noch viel reden. Hier habe ich sie als Hintergrund gewählt, um deutlich zu machen, dass wir in dieser Situation für die Digitalisierung viel gebrauchen können. Ganz bestimmt brauchen wir aber keine bzw. vor allem keine so heftigen Kürzungen im Bereich „Digitales“.

Beim Blick in das dem Einzelplan zugehörigen Kapitels 08 015 – für die Nummer kann die Regierung nichts – findet sich nämlich gegenüber dem Haushaltsansatz für das Jahr 2023 eine Absenkung um 7,5 %. Das sind 21,2 Millionen Euro weniger. Angesichts der immensen Herausforderung, vor der wir stehen, ist das nicht einmal ein Stillstand, sondern das ist ein Rückschritt.

Es ist einfach inakzeptabel, dass die Mittel für die Digitalisierung in einer Zeit gekürzt werden, in der die Digitalisierung einen entscheidenden Beitrag zur Lösung von gesellschaftlichen Problemen und Herausforderungen leisten müsste. Die Kommunen benötigen die wenigen Ressourcen, um ihre Infrastrukturen weiter auszubauen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend zu qualifizieren. Denn nur so können sie die Potenziale der Digitalisierung ausschöpfen und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger verbessern.

Es ist richtig, dass der Bereich „Digitalisierung“ in Ihrem Haus bei „Bauen und Wohnen“ und der Zuständigkeit für die Kommunen liegt. Denn so wiederholen wir bei jeder wohnungspolitischen Debatte gebetsmühlenartig, dass ein Schlüssel zur Bekämpfung der Krise auf dem Wohnungsmarkt in der Senkung der Baukosten liegt. Dabei spielt die Digitalisierung nun einmal eine entscheidende Rolle. Was machen aber Sie, und was macht zum Beispiel das Bauportal? Aus den Reihen der baupolitischen Akteure höre ich dazu nichts Gutes.

(Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Warum nicht?)

– Weil da nichts passiert.

(Zuruf)

– Nach Ansicht der Akteure aber nicht genug!

(Zuruf)

– Ich weiß, hinterher sind die Kommunen schuld. Das können Sie aber gleich erklären.

Ich fasse zusammen: Dieser Haushaltsentwurf enthält keine digitalpolitischen Schwerpunkte. Er lässt keine Strategie erkennen, und er schwächt die Kommunen, die die wichtigsten Player sind, um die Digitalisierung voranzubringen. Das alles geschieht bezeichnenderweise in Ihrem Haus unter Ihrer Verantwortung. So wird das nichts. Deswegen lehnen wir diesen Ansatz selbstverständlich ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Stoltze. – Für die CDU spricht ihr Abgeordneter Herr Franken.

Björn Franken (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns in herausfordernden Zeiten. Die Auswirkungen des andauernden Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine belasten unsere Bürgerinnen und Bürger und unsere Wirtschaft. Sie belasten auch unsere Haushalte finanziell sehr schwer.

Nordrhein-Westfalen ist ein bundesweit führender Industrie- und Investitionsstandort. Deshalb haben wir

mit der aktuellen Wirtschaftskrise und den damit einhergehenden Folgen noch bzw. umso schwerer zu kämpfen. Außerdem belasten uns die Entscheidungen der Bundesregierung, die hier im Bundesland mit zusätzlichen Kosten von rund 4 Milliarden Euro zu Buche schlagen, sehr deutlich.

(Zuruf von Jens-Peter Nettekoven [CDU])

Obwohl unsere Handlungsspielräume angesichts dieser Umstände sehr begrenzt sind, ist es uns gelungen, für 2024 einen Haushalt vorzulegen, der ohne neue Schulden auskommt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein starkes Signal an die nachfolgenden Generationen.

(Beifall von der CDU und Hedwig Tarner [GRÜNE])

Uns gelingt das deshalb, weil wir von Anfang an verantwortlich gehandelt haben und mit dieser schwierigen Haushaltslage verantwortlich umgehen.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

In unserem Haushalt richten wir die Prioritäten ganz klar auf die Kinder und auf die Schule und damit auf die Zukunft in unserem Land. Weil das nötige Geld aber fehlt, mussten deswegen, lieber Kollege Stoltze, alle anderen Ressorts konsequent den Rotstift ansetzen.

Trotz aller Einsparungen, die Sie zu Recht ansprechen, bietet dieser Digitalhaushalt dennoch eine solide Grundlage, um die digitalpolitischen Ziele im kommenden Jahr weiterzuverfolgen.

(Beifall von der CDU)

Dabei hilft auch ein kurzer Blick in die Bilanz unseres ehemaligen Digitalministers Pinkwart. Es zeigt sich, dass Geld allein keine Mobilfunkmasten baut. Geld allein verlegt keinen Meter Glasfaserkabel ins Erdreich. Geld allein kann auch nicht die digitale Wende in der Verwaltung stemmen.

Es braucht klare Konzepte und eine klare Zielvorstellung, um noch schneller und noch effizienter als bisher voranzukommen. Diesen klaren Blick hat unsere Ministerin Ina Scharrenbach. Das hilft uns in diesen finanziell schwierigen Zeiten sehr.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Lieber Kollege Stoltze, weil Sie es angesprochen haben, will ich es Ihnen direkt erklären. Unsere Zukunftscoalition hat in diesem Jahr zwei wichtige digitalpolitische Schwerpunkte gesetzt. Der erste Schwerpunkt ist die Digitalisierung der Verwaltungsdienstleistungen und der Verwaltungsprozesse. Das war ein umfangreicher Antrag, der in haarkleinen Schritten erklärt, wie wir besser werden und vom Frontend bis zum Backend die Digitalisierung der Kommunen hinkriegen.

Der zweite wichtige Antrag in diesem Jahr ist die Stärkung der IT-Informationssicherheit. Auch dazu gibt es einen umfangreichen Antrag, in dem wir aufzeigen, wie wir unsere kommunale Datenstruktur besser und sicherer bekommen.

Um diese beiden Ziele zu erreichen, haben wir die Anträge eingereicht. Wir haben sie auch fast beschlossen. In der nächsten Sitzung ist der letzte Antrag dran.

Wie wir den Haushalt aufgestellt und geplant haben, sieht es danach aus, dass wir ausreichend finanzielle Mittel für genau diese Maßnahmen und natürlich noch für viele andere haben werden, weil es zwei elementare Projekte in dieser Zeit sind, in der wir wichtige Meter machen müssen.

Abschließend möchte ich noch eines festhalten, weil dieser Singsang eben wieder angeklungen ist und weil er uns schon durch die gesamte Haushaltsberatung begleitet: Die Kürzung der Mittel im Digitalbereich oder irgendeinem anderen politischen Feld ist doch keine Wasserstandsmeldung, kein Indikator dafür, ob ein Thema wichtiger oder unwichtiger ist. Es ist das Zeichen von verantwortlicher Politik, die weniger Geld im Säckel, weniger Geld zur Verfügung hat und von Anfang an klare Prioritäten setzt und klare Entscheidungen trifft.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir haben uns diesen schweren Entscheidungen von Anfang an gestellt, weil wir ohne haushalterische Tricks auskommen wollten. Dafür stehen wir heute in Nordrhein-Westfalen nicht vor einem haushaltspolitischen Trümmerhaufen wie derzeit die Kolleginnen und Kollegen in Berlin.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das unterscheidet verantwortungsvolle Politik von verantwortungsloser Politik. Das unterscheidet uns von der SPD-geführten Bundesregierung und damit auch von der Opposition hier im Landtag.

(Beifall von der CDU)

Deswegen bitte ich Sie und lade Sie ein: Gehen Sie über den Zebrastreifen auf die Seite zur soliden Haushaltsführung.

(Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Genau!)

Gehen Sie mit uns in einen sicheren Haushalt und stimmen Sie unserem Antrag zu! – Danke.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Sehr gut!)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Franken. – Für die FDP spricht nun die Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Franken, zu den haushalterischen Tricks, die Sie angeführt haben: Warten wir doch mal ab, was das Verfassungsgericht hier in Nordrhein-Westfalen zu Ihren Haushalten sagt. Darüber werden wir sicher an anderer Stelle noch diskutieren können.

Eine moderne, bürgerorientierte und effiziente Verwaltung ist nicht nur das Rückgrat eines modernen Gemeinwesens, sondern verspricht einen einfachen, kostengünstigen und schnellen Service für aktive Bürgerinnen und Bürger – jedenfalls dann, wenn die IT-Sicherheit gegeben ist. Als Abgeordnete aus Südwestfalen kann ich da sicher ergänzend noch einige Beispiele aus der Praxis anführen. Die Frage, was dort an Unterstützung und Support geleistet wurde, ist sicher berechtigt.

Wir beschreiben dieses Idealbild der bürgerorientierten digitalen Verwaltung und müssen feststellen, dass die Realität leider anders aussieht. Zwar haben sich die Landesregierung tragenden Parteien in ihrem Koalitionsvertrag zum Ziel der Digitalisierung und zur Fortführung einer konsequenten Verwaltungsdigitalisierung aus der letzten Legislaturperiode bekannt, Fakt ist aber, dass Nordrhein-Westfalen – zugegebenermaßen auch andere Bundesländer – die Ziele des OZG deutlich verfehlt.

Und die Kürzung aller Mittel im Zusammenhang mit dem OZG ist sicherlich kein Beitrag zur Realisierung dieses Bekenntnisses aus Ihrem Koalitionsvertrag. Die geplanten Kürzungen von über 21 Millionen Euro in Kapitel 015 haben die kommunalen Spitzenverbände in ihrer Stellungnahme zu Recht kritisiert. Sie bezeichnen die Kürzungen – ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren – als Kahlschlag, der den Digitalisierungsgedanken konterkariert.

Lieber Kollege Franken, Sie wollen vielleicht der Opposition nicht zuhören. Das akzeptiere ich. Hören Sie aber doch bitte auf die kommunalen Spitzenverbände.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Er hört doch die ganze Zeit zu!)

Sie brauchen die kommunale Familie doch als Partner, wenn Sie die Verwaltungsdigitalisierung wirklich voranbringen wollen.

Reden und Handeln passen im Bereich der Digitalisierung bei dieser Landesregierung leider nicht zusammen. Wenn die Landesregierung die Kürzungen damit rechtfertigen will, dass von den zur Selbstbewirtschaftung ausgeschriebenen Mitteln noch Reste zur Verfügung stehen, degradiert sie die Verwaltungsdigitalisierung und die großen offenen Aufgaben für einen smarten Staat doch zum Restposten im Landeshaushalt.

Dann wird immer wie ein bockiges kleines Kind laut nach Berlin geschrien. Nordrhein-Westfalen muss aber auch seinen eigenen Beitrag leisten. Die Verwaltungsdigitalisierung ist und bleibt eine wichtige Herausforderung des Landes für die nächsten Jahre und Notwendigkeit für ein funktionierendes bürgerfreundliches Gemeinwesen, das ermöglicht und nicht nur verwaltet, das unser Land national und international wettbewerbsfähig und attraktiv für Investitionen und Innovationen bleiben lässt. Dafür braucht es eine politische und haushalterische Priorisierung.

Wir dürfen uns nicht auf den Erfolgen der vergangenen Legislatur ausruhen. Es ist und bleibt noch viel zu tun.

Nach den Kürzungen im Bereich „digitaler Staat“ im letzten Haushalt und den vorgesehenen Kürzungen im aktuellen Entwurf muss ich für uns Freie Demokraten leider feststellen, dass digitaler Fortschritt bei dieser Koalition gut aufgehoben ist.

Die Digitalisierung ist keine Option, sondern eine Notwendigkeit. Wir müssen investieren, um unseren Bürgerinnen und Bürgern einen modernen, effizienten und sicheren Staat bieten zu können. Dieser Haushalt leistet dazu leider keinen Beitrag. Deswegen können wir Freien Demokraten ihm auch nicht zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun die Kollegin Eisentraut.

Julia Eisentraut (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen der demokratischen Fraktionen! Unser Land soll schneller, moderner und digitaler werden. Dabei ist für uns als Zukunftskoalition klar: Digitalisierung muss den Menschen dienen, ihre Entwicklung sich an den Bedürfnissen der Menschen in NRW orientieren.

Wir als Zukunftskoalition von CDU und Grünen haben uns bei der Digitalisierung viel vorgenommen. Der Kollege Franken hat schon sehr richtig ausgeführt, wie wir das mit den aktuellen Anträgen im Detail angehen. Was gehört dazu? Die digitale Transformation aller unserer staatlichen Institutionen.

Anders als beispielsweise in der vergangenen Legislaturperiode verstehen wir darunter auch das Anpacken von Prozessen. Denn Prozesse müssen anders sein, um effizient und ressourcenschonend digitalisiert werden zu können.

Wir wollen staatliche Dienstleistungen schnell und einfach verfügbar machen. Auch dazu gehört, sich die Abläufe und Antragsverfahren genau anzuschauen. Mit der Digitalisierung können wir

schneller, effektiver und effizienter werden. Das ist in Zeiten des demografischen Wandels auch geboten.

Um das zu gewährleisten, müssen wir Prozesse endlich medienbruchfrei digitalisieren, das heißt: von der ersten Idee zur Antragstellung, bis der Bescheid am Ende bei den Menschen eingeht. Damit sich das alles auch wirklich an den Menschen orientiert, muss das zu jeder Zeit barrierefrei möglich sein.

Hierbei stehen wir als Fraktion und auch unsere Landesregierung in der Pflicht. Wenn in dieser schwierigen Haushaltslage – die klaren Prioritäten wurden schon angesprochen – weniger Mittel zur Verfügung stehen, dann setzen wir sie effizienter und klüger ein, als das bisher geschehen ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir wissen, dass es nicht reicht, Prozesse im OZG-Bereich zu PDFisieren, wenn am Ende das PDF in der Verwaltung eingeht, ausgedruckt und wieder abgetippt wird. Das ist doch der Stand der Digitalisierung aus dem FDP-geführten Digitalministerium der letzten Legislatur.

(Beifall von den GRÜNEN, Thomas Okos [CDU] und Jens-Peter Nettekoven [CDU])

Wir hören auch auf, viel zu komplizierte Prozesse einfach eins zu eins zu digitalisieren und sie dabei noch komplizierter zu machen, sodass die Menschen in den Verwaltungen mehr Zeit brauchen. Auch das ist die Realität nach dem FDP-geführten Ministerium der vorigen Legislatur.

Wir hören auch damit auf, die Digitalisierung an den Menschen vorbei zu gestalten. Die Digitalisierung muss sich an den Bedürfnissen der Menschen in unserer Verwaltung in NRW orientieren. Damit, liebe Frau Freimuth, unterscheiden wir uns sehr klar von der Politik aus der vergangenen Legislaturperiode; und das ist auch gut so, wenn unsere Digitalisierung in NRW gelingen soll.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

Gleichzeitig werden an einigen Stellen einfach weniger Landeszuschüsse benötigt. Wenn die Digitalisierung voranschreitet und Vorteile der Digitalisierung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft genutzt werden, dann müssen wir weniger Ressourcen dafür zur Verfügung stellen.

Gerade auch in Zeiten schwacher wirtschaftlicher Entwicklung und des Fachkräftemangels ist uns als Zukunftskoalition klar, dass wir die Digitalisierung mehr denn je als Unterstützung brauchen. Denn die Digitalisierung unterstützt uns bei unserem Fachkräfteproblem in Verwaltungen und Wirtschaft. Die Digitalisierung spart der Wirtschaft nicht nur Ausgaben, sondern auch Zeit, was in Zeiten des demografischen Wandels umso wichtiger ist.

Die Digitalisierung der Verwaltung schenkt unseren Bürgerinnen und Bürgern wertvolle Lebenszeit, weil man nicht mehr in die Verwaltung fahren muss. Sie schenkt unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Verwaltungen Zeit, weil man PDFs nicht mehr abtippen muss, weil die Verfahren nicht zusammenpassen.

Wir wissen, dass wir es nur mit einer ordentlichen Aufgabenkritik und einer klaren Orientierung an den Bürgerinnen und Bürgern wirklich schaffen, die Digitalisierung so zu gestalten, dass es am Ende zum Vorteil aller ist. Deshalb stimmen wir diesem Einzelplan zu.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die AfD spricht ihr Abgeordneter Herr Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn es jetzt nur um Digitales geht, bin ich ein bisschen in Sorge, dass auch diese Debatte wieder in einer Gardinenpredigt der Ministerin endet.

(Zuruf von Jens-Peter Nettekoven [CDU] – Heiterkeit von Thorsten Schick [CDU])

Ich würde auf jeden Fall anregen, Herr Präsident, dass man über den Alkoholausschank hier im Hause nachdenkt. Offenbar verträgt nicht jeder diese langen Tage.

(Andrea Stullich [CDU] und Angela Freimuth [FDP]: Unverschämtheit! – Weitere Zurufe)

Wie dem auch sei – zum Digitalen! Der Hackerangriff auf zahlreiche Kommunen im südlichen Westfalen hat es uns noch einmal in aller Deutlichkeit vor Augen geführt: Der Digitalisierungsstand deutscher und auch nordrhein-westfälischer Behörden ist beklagenswert. Das ist wahrlich keine neue Erkenntnis; seit Langem – wir erinnern uns an die Coronazeit – hören wir von Verwaltungen im Zeitalter von Faxgeräten und Umlaufmappen.

Der konkrete Vorfall hat uns aber gezeigt, dass es eigentlich noch viel schlimmer ist. Der Hackerangriff hat eben nicht nur die digitalen Schnittstellen paralyisiert – an vielen Stellen gibt es sie noch gar nicht –; es gibt auch keine analoge Rückfallebene mehr. Wenn die Bürger etwa persönlich bei einer Zulassungsstelle in einer betroffenen Kommune vorsprachen, konnte man ihnen auch auf analogem Wege nicht helfen, da das komplette System im Hintergrund lahmgelegt war.

Nun ist dieser Vorfall nicht im Kernbereich der Verantwortung der Landesregierung geschehen, aber er zeigt überdeutlich eines, was wir schon seit Langem

sagen – und was die Kommunen selbst übrigens auch sagen –: Die Kommunen, die für den ganz überwiegenden Teil der Verwaltungsdienste am Bürger verantwortlich sind, dürfen mit der Digitalisierung nicht alleine gelassen werden.

Das ist auch keine Raketenwissenschaft. Was unterscheidet uns von Ländern, die die Verwaltungsdigitalisierung einigermaßen erfolgreich betreiben und betrieben haben? Was unterscheidet uns von Estland, das in diesem Bereich immer als Musterland gilt? Die dezentrale Struktur – Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung.

Damit wir uns an dieser Stelle nicht falsch verstehen: Beides sind gerade in einem Land von der Größe Deutschlands bewährte und erhaltenswerte Verwaltungstraditionen.

Das kann aber nur dann funktionieren, wenn man sich den Gedanken der Subsidiarität wirklich zu Herzen nimmt. Dass unsere Kommunen mit der Digitalisierung ihrer Verwaltung überfordert sind, ist kein Geheimnis. Im sogenannten Onlinezugangsgesetz war eigentlich vorgesehen, dass bis Ende letzten Jahres 575 Verwaltungsdienstleistungen digital angeboten werden sollten. Tatsächlich haben wir nur einen geringen Bruchteil geschafft.

Im Ländervergleich belegt NRW hier einen Platz im unteren Mittelfeld – für das größte Bundesland eine ernüchternde Bilanz. Zwar werden 438 von 575 Dienstleistungen irgendwo im Land angeboten. Für die Bürger bleibt es aber eine Glückssache, ob sie in einer Kommune wohnen, wo das der Fall ist. Wirklich flächendeckend verfügbar sind dagegen aktuell nur etwa 175 Dienstleistungen.

Die vom früheren Digitalminister Pinkwart – davon war ja gerade schon mehrfach die Rede – eingeführte Strategie der Leuchttürme kann am Ende nur aufgehen, wenn wir es nun schaffen, die Einzelbeispiele flächendeckend zu implementieren. Aber genau dazu fehlt unseren Kommunen die Kraft, das Geld und das qualifizierte Personal.

Dass unsere Landesregierung jetzt auch noch Mittel streicht, die gerade dafür gedacht sind oder waren, ist ein fatales Signal. Die NRW-Landesregierung ist vom großmäuligen Ankündigungsmodus der letzten Legislatur quasi direkt zum Geisterfahrer in der Digitalpolitik geworden. Dabei liegen hier – das klang soeben auch schon an – ungeheure Potenziale, die nur darauf warten, geborgen zu werden. Es ist ja nicht so, dass die Unternehmen landauf, landab ihre Prozesse digitalisieren, nur weil das irgendeine Mode ist. Nein, es ist eben effizienter. Es spart Kosten und Personal, und es ist kundenfreundlicher.

Den Euro, den die Landesregierung nun an dieser Stelle kurzfristig einspart, wird der Steuerzahler in wenigen Jahren doppelt und dreifach nachlegen müssen. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie,

wenn eine Regierung, die von sich behauptet, sie habe Einfluss auf die weltweite Durchschnittstemperatur, es nicht auf die Reihe bekommt, dass man seinen Anwohnerparkausweis flächendeckend im Internet bestellen kann.

Diese Dinge sind es, meine Damen und Herren, Frau Ministerin, die den Menschen das Vertrauen in den Staat und die Politik nehmen. Sie sind es selbst. Es sind keine finsternen Mächte im Internet, und es ist auch nicht die AfD.

Die Landesregierung ist hier jedenfalls in die völlig falsche Richtung unterwegs, und schon deshalb können wir dem vorliegenden Einzelplan nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Danke, Herr Tritschler. – Herr Abgeordneter Tritschler, Sie haben gerade in Ihrem Redebeitrag eine unparlamentarische Wortwahl verwendet. Diese Wortwahl war in Teilen bösartig und unterstellend. Ich werde diese Äußerung nicht wiederholen, aber ich rufe Sie zur Ordnung und fordere Sie auf, derartige Äußerungen künftig zu unterlassen.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Das Wort hat für die Landesregierung Frau Ministerin Scharrenbach.

Ina Scharrenbach*, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Digitalisierung sowohl der Landesverwaltung als auch im Besonderen der Kommunen ist eine der Herausforderungen dieses Jahrzehnts. Ich glaube, da wird es keinen Widerspruch geben.

Wenn man sich die Teilnahme an der Debatte um diesen Haushalt ansieht, wird man feststellen, dass mitunter deren Bedeutung nicht bei allen Fraktionen gleich gelagert ist. Beim Redebeitrag des Abgeordneten der SPD waren inklusive des Redners der SPD exakt sieben Abgeordnete der SPD im Saal.

(Gordan Dudas [SPD]: Von der Landesregierung sind auch nicht alle hier!)

Insofern scheint die Priorität der Digitalisierung bei der Opposition nicht in der Gänze angekommen zu sein, wie sich das vielleicht angesichts ihrer Bedeutung gehören würde.

(Beifall von der CDU)

Ich denke, dass wir alle miteinander kein Erkenntnisproblem haben, wenn es um die Digitalisierung in der Bundesrepublik Deutschland oder auch im Land Nordrhein-Westfalen geht, und dass wir vieles

werden anders machen müssen, als es vielleicht in den vergangenen Jahren der Fall war.

Das Besondere ist, dass wir sagen: Wir wollen es anders machen, weil die Digitalisierung, die es in den früheren Jahren in Nordrhein-Westfalen gegeben hat, eine Digitalisierung mit Medienbruch war. – Ich hätte mir zugegebenermaßen gewünscht, dass auch der Landtag Nordrhein-Westfalen das in den vergangenen Jahren genau so debattiert und für sich festgestellt hätte, dass es eine Digitalisierung mit Medienbruch gegeben hat. Dann hätten vielleicht alle Beteiligten, Exekutive und Legislative, früher reagieren können.

Das ist aber nicht passiert, das ist vergossene Milch. Also müssen wir es für die Zukunft eben anders machen. Der Anspruch dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen ist, es anders zu machen, eben medienbruchfrei. Wir wollen die Digitalisierung im Land Nordrhein-Westfalen vorantreiben und dafür Sorge tragen, dass es einen Schulterschluss zwischen der Landesebene und den Kommunen in der Vertikalität gibt, was es in den vergangenen Jahren auch nicht gegeben hat.

Das Besondere, was diese Landesregierung aus CDU und Bündnis 90/Die Grünen auszeichnet, ist, dass man nicht sagt, jedes Raumschiff schwebt im Rahmen der Digitalisierung für sich, sondern dass wir uns zusammentun, um gemeinsam nach vorne zu fahren und das im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen nach vorne zu bringen.

Gardinenpredigten halte ich von hier aus sowieso nicht. Aber wenn Sie das so wollen – an die Adresse des Vorredners –, ist es vielleicht eine Gardinenpredigt aus null und eins; das ist ja der Kern der Debatte. Und die ist auch zu Recht so zu treffen, denn natürlich lebt die Fraktion der Vorredner davon, dass sie im Besonderen versucht, die Rechte, die eine freiheitlich-demokratische Ordnung mit sich bringt, auszuhöhlen, um sie für ihre Zwecke zu nutzen und um sie gegen die Ordnung zu richten.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Sie werden Verständnis haben, dass die Mehrheit dieses Parlaments begründeterweise alles tun wird, um solche Bestrebungen, wie Sie sie hier vortragen und wie Sie sie versuchen, permanent in die Gesellschaft zu tragen, nicht zum Tragen kommen zu lassen. Die Demokratie ist höher als Sie als Vorredner.

(Lachen von Dr. Hartmut Beucker [AfD])

Diese Demokratie ist mehr, als Sie das hier vortragen, weil Freiheit, Ordnung und Sicherheit mehr sind als das, was Sie hier vertreten. Aber das werden Sie nie verstehen.

(Weiterhin Lachen von Dr. Hartmut Beucker [AfD])

– Das Entscheidende an dieser Stelle ist, dass Sie gerade demokratische Prinzipien wirklich auslachen.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Sie lachen sie aus!)

Sie lachen sie aus. Das ist Ihr Verständnis von Demokratie. Sie lachen über diese Demokratie.

(Dr. Hartmut Beucker [AfD]: Nein!)

Sie lachen über die freiheitlich-demokratische Ordnung des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie lachen über Verfassungsorgane. Das macht Sie doch aus. Deswegen tun die Demokraten wirklich gut daran, dafür Sorge zu tragen, dass Menschen wie Sie solchen Parlamenten nicht mehr angehören, weil Sie diese Ordnung zersetzen.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP – Dr. Christian Blex [fraktionslos]: Geht es Ihnen jetzt besser?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist das Schöne, wenn man zu Uhrzeiten wie jetzt Zeit hat, solche Debatten zu führen. Die Demokratie aus sich heraus kann nicht funktionieren. Die Demokratie lebt von Menschen, die Demokratie gestalten und sie auch verteidigen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Das ist das Spannende. Der überwiegende Teil dieses Parlaments verteidigt diese Demokratie in diesem Plenarsaal und außerhalb des Plenarsaals – auch mit der Digitalisierung. Wir benutzen die Digitalisierung nicht gegen die Demokratie, sondern wir stärken die Digitalisierung im Sinne der Demokratie und gegen solche Elemente wie Sie, die Sie die Demokratie angreifen

(Dr. Christian Blex [fraktionslos]: Glauben Sie das, was Sie da sagen?)

und versuchen, die Demokratie letztendlich zu spalten.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Ich glaube nicht nur das, was ich sage, ich vertrete sogar das, was ich sage. Deswegen freut es mich immer wieder. Diese zweite Lesung des Haushalts ist etwas Besonderes, weil man wirklich mal Positionen austauschen kann.

Digitalisierung ist – gestatten Sie mir das – wirklich mehr als „Null und Eins“. Die Digitalisierung bedeutet auch die Verteidigung der Demokratie in der digitalen Welt, und dem hat sich dieses Parlament in der Mehrheit verschrieben, auch wenn Sie das nicht teilen. Es ist unser Auftrag, dafür Sorge zu tragen, dass Menschen die Augen geöffnet werden und dass letztlich die Demokraten in diesem Parlament dafür eintreten, dass Menschen in Frieden, Freiheit und

Sicherheit leben können. Das tun wir. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher schließe ich die Aussprache zu Teil c) Digitalisierung. Wir kommen nun zu den Abstimmungen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/6808, den Einzelplan 08 unverändert anzunehmen. Es liegen aber noch zwei Änderungsanträge vor, über die wir zunächst abzustimmen haben.

Es liegt der **Änderungsantrag Drucksache 18/7068** der Fraktion der FDP vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der fraktionslose Abgeordnete hat mit der AfD parallel gestimmt; das darf ich feststellen. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Es gibt weiterhin den **Änderungsantrag Drucksache 18/7069** von der FDP-Fraktion. Wer möchte dem zustimmen? – Das sind die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion, der fraktionslose Abgeordnete und die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen dann über den Einzelplan 08 ab. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 08 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan 08 so zu? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 08 in zweiter Lesung angenommen**.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich rufe auf:

Einzelplan 10 Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/6810 sowie auf die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge hin.

Wir starten im Bereich: